



**Angela Dorn,
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst**

„Wissenschaft in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung“

**Festvortrag anlässlich des Akademischen Festaktes
der Justus-Liebig-Universität Gießen am 29. November 2019**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Hannah Arendt hat einmal gesagt, es sei ein Fluch, in interessanten Zeiten zu leben. Und dies sind in der Tat interessante Zeiten. Zeiten, in denen nahezu an jedem Tag deutlich wird, wie polarisiert die Gesellschaft inzwischen ist.

Einerseits gehen Menschen, wie beim March for Science oder bei Fridays for Future, für die Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Straße. Andererseits gibt es bis in die Parlamente hinein gesellschaftliche Gruppen, die Wissenschaft und demokratische Politik ablehnen. Und die Facebook-Gruppe „Fridays for Hubraum“, deren Namen ich zunächst für einen Scherz gehalten habe, hatte innerhalb von drei Tagen mehr als eine halbe Million Mitglieder.

Da ist es nur richtig und gut, dass wir in diesen unübersichtlichen Zeiten über die Rollen der Universität und der Wissenschaft in diesem Gefüge sprechen. Sie sind schließlich der Ort, dessen Wesen es ist, ständig zu verifizieren und zu falsifizieren. Sie sind die Ideenwerkstatt der Moderne, indem sie Technologien und Theorien entwickeln, die am Ende das Zusammenleben aller prägen. Universität im besten Sinne ist der Ort, an dem wir – ebenfalls nach Hannah Arendt – *„denken können, ohne Geländer“*.

An dem wir voneinander und miteinander lernen und ohne Scheuklappen neugierig sein dürfen auf das Ergebnis des tätigen Geistes. Die Wege, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu ihren Erkenntnissen führen, mögen verschlungen sein und durch heftige Debatten gekennzeichnet. Aber am Ende wissenschaftlicher Diskurse steht eine mindestens näherungsweise korrekte Analyse eines Problems.

Und diese wiederum steht am Anfang jeder Beschreibung eines politischen Prozesses. Es ist

schließlich die Essenz des Politischen, Probleme zu lösen und die Realitäten zu verändern. Und wer die Realitäten verändern will, der muss sie zunächst kennen. So wie es keine gute Wissenschaft ohne Fakten gibt, gibt es keine gute Politik ohne Wissen. Politik bedeutet schließlich, Lösungen zu finden, Entscheidungen zu treffen. Und informierte Entscheidungen sind nur möglich, wenn sie auf zutreffenden Informationen beruhen. Dem Sich-entscheiden-müssen steht das Sich-entscheiden-können voran.

Und Demokratie ist das, was entsteht, wenn die Politik über die Lösungen von Problemen, den Ausweg aus Krisen oder die Interpretation von Fakten miteinander ringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist kein Zufall, dass die Revolutionäre von 1848, die Väter der Verfassung von Weimar und schließlich die Väter und Mütter des Grundgesetzes in durchaus seltener Eintracht die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit für die wesentlichen Freiheiten einer demokratischen Gesellschaft, für ein Bollwerk gegen Willkür und Totalitarismus hielten.

Denn zu Zeiten des Nationalsozialismus war die Wissenschaft eines eben nicht: Frei.

Sie hatte vielmehr einen Auftrag – Martin Heidegger hat ihn in seiner berühmten Rektoratsrede 1933 hinreichend umschrieben. Wissenschaft mit politischem Auftrag ist aber das genaue Gegenteil von frei. Sie ist irreleitend und irreführend. Das Ende dieses Kapitels deutscher Geschichte, das sicher kein



Staatsministerin Angela Dorn während ihrer Rede.

(Foto: JLU/Rolf K. Wegst)

„Vogelschiss“ ist, ist bekannt: Die Nationalsozialisten konnten ihre Massenmorde mit pseudo-wissenschaftlicher Ideologie unterfüttern und ungeheuerliche Verbrechen anrichten.

Dies sollten wir nicht vergessen, wenn Politikerinnen und Politiker den Universitäten, den Kultureinrichtungen oder dem Rundfunk wieder politische Aufträge erteilen wollen.

Dabei ist Wissen natürlich nie unpolitisch. Im Gegenteil: Die häufigen Angriffe auf die Wissenschaft, auf rationales Wissen, auf das Aushalten von Komplexität – sie zeigen ja gerade die politische Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit. Und selbstverständlich gehört Diskurs zur Meinungsfreiheit ebenso, wie er zur Wissenschaftsfreiheit gehört.

Ihn zu lenken, ja sein Ende vorwegnehmen zu wollen oder es abzuqualifizieren, weil es den eigenen Argumenten nicht entspricht, ist jedoch ein Anschlag auf unsere Demokratie. In Wissenschaft wie in Gesellschaft darf jeder sprechen. Nur: Aus dem Recht, die eigene Meinung zu äußern ergibt sich nicht das Recht, für die eigenen Aussagen keinen Widerspruch oder gar ungeteilten Zuspruch zu ernten. Wie Bundespräsi-

dent Steinmeier es bei seiner Rede zur Hochschulrektorenkonferenz schon sagte:

„Wer sich aber öffentlich äußert, muss natürlich mit der Überprüfung seiner Aussage rechnen – und mit dem Widerspruch. Dem ‚Das wird man ja wohl noch sagen dürfen‘ folgt eben gern ein ‚Da wird man ja wohl auch widersprechen dürfen‘. Und das nenne ich nicht Mainstream, das nenne ich nicht Tugendterror – das nenne ich Demokratie.“

Es ist ein bedrohliches Phänomen, dass Menschen den Tabubruch, das „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ mehr schätzen, als die differenzierte Argumentation.

Diese Strategie der neuen Rechten ist bei den Medien in Zeiten der Aufmerksamkeitsökonomie höchst erfolgreich. Zumal in Zeiten, in denen auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk als neutraler Vermittler von Wissen immer weiter unter Druck gerät. Hier mahnt umso mehr das, was der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolf-



Musikalische Umrahmung des Festaktes durch ein Trio des Universitätsorchesters.

(Foto: JLU/Rolf K. Wegst)

gang Böckenförde postuliert hat: *„Der liberale, säkulare Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“*

Ein starker, sicher auch nicht unumstrittener Satz, der hier nur als Erinnerung dafür dienen soll, dass die Grundlagen unserer Demokratie jeden Tag aufs Neue entschlossen erkämpft und verteidigt sein müssen.

An dieser Stelle muss uns aber auch eindeutig klar sein: In der demokratischen Auseinandersetzung darf es keine Absolutheitsansprüche geben. Denn das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert die Freiheit der Rede. Auch, wenn das gesagte manchmal wehtut.

Oder, um es auf den Punkt zu bringen: Auch liberale Studierende müssen sich die Positionen eines ihnen politisch eventuell nicht genehmen Professors anhören – sofern dieser sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt. Sie haben kein Recht, einen Menschen an der Ausübung seiner Rechte als Bürger dieses Landes und Professor einer Universität zu hindern, indem sie die Durchführung der Veranstaltung verhindern.

Sie haben aber sehr wohl das Recht und, wo die Werte des Grundgesetzes in Gefahr sind, auch

die Pflicht, überall dort zu widersprechen, wo es ihnen möglich ist. Im konkreten Fall übrigens in der Veranstaltung selbst.

Offensichtlich aber sind die Fronten verhärtet. Während die Einen sich als Opfer sehen, weil sie angeblich ihre Meinung nicht mehr äußern dürfen, fühlen die Anderen sich von der geäußerten Meinung bedroht. Das ist brandgefährlich, weil es die zentrale Aufgabe der Politik unmöglich macht: Zusammenführen. Nehmen wir den Klimawandel: Hier muss uns ein schnelles, gesamtgesellschaftlich akzeptiertes Umsteuern gelingen. Und zwar, weil alles andere im wahrsten Sinne des Wortes existenzbedrohend wäre. So eine Lösung, die alle Bürgerinnen und Bürger mitnimmt, kann jedoch nur gelingen, wenn sie unabhängig von ihrer individuellen Meinung zu diesem Thema miteinander in einen Dialog treten. Schließlich kann die Lösung dieses Problems nur durch die gesamte Gesellschaft erfolgen. Durch eine konzentrierte Kraftanstrengung aller Beteiligten.

Sie haben ausdrücklich Recht, sehr geehrter Professor Mukherjee, wenn Sie in einem jüngst erschienenen Interview betonen, diesen Kampf

um die Demokratie würden wir nicht im Schlafwagen gewinnen. Was also ist zu tun?

Zunächst: Es gibt im Kampf um das Vertrauen der Menschen für beide, für Wissenschaft und Politik, wichtige Rollen. Die Politik muss den Menschen mehr Halt und Orientierung geben. Sie muss einerseits Visionen formulieren und andererseits eine offene Debatte in den Parteien über die eigenen Pläne und Ziele zulassen. Die Menschen müssen sich mit ihren Fragen und Sorgen in der politischen Debatte wiederfinden können. Andererseits müssen Politikerinnen und Politiker aller demokratischen Parteien sich davor hüten, den Konflikt um des Konfliktes Willen zu suchen. Vielmehr müssen sie – bei allem notwendigen inhaltlichen Streit – immer zu erkennen geben, dass die Lösung am Ende immer in einem Kompromiss liegen wird.

Debatten, die auf die vollständige menschliche Niederlage des Gesprächspartners abzielen, müssen wir ächten. Außerdem muss die Politik gerade bei den komplexen Fragen der Gegenwart die Expertise der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beachten und sie eher mehr einbinden, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aber selbstverständlich hat auch die Wissenschaft einen Auftrag. Sie muss, um in Ihrem Bild zu bleiben, Professor Mukherjee, ebenso aus dem Schlafwagen in die Lokomotive wechseln. Jedenfalls muss auch die Wissenschaft sich verändern. Die Bedeutung von Wissenschaftskommunikation hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen.

Denn es ist das Eine, wissenschaftliche Erkenntnisse voranzutreiben. Das Andere ist es, diese auf eine Art und Weise in die Breite zu tragen, dass die Menschen da draußen sich interessieren, sie verstehen und annehmen wollen.

Die Universitäten müssen das Wissen, das in ihren Reihen schlummert, zugänglich machen. Dazu muss sich vielleicht die Sprache wandeln, in denen wissenschaftliche Ergebnisse präsentiert werden. Und vielleicht auch die Formate, in denen sie dargelegt werden. Es müssen jedenfalls Formate gefunden werden, die Menschen erreichen und begeistern. Die Universi-

täten müssen neue Zielgruppen erreichen – auch wenn dies bedeutet, manche althergebrachte Einstellung zu verändern. Für all dies gibt es bereits gute Beispiele.

Etwa Kinderuniversitäten, wissenschaftliche Museen wie das Mathematikum oder Ringvorlesungen. Oder, indem wir Open Access fördern. Da passiert schon eine Menge; Ich will sie allerdings an dieser Stelle ausdrücklich ermutigen, auf diesem Weg weiterzugehen, noch weiter zu denken und zu schauen, was noch getan werden kann.

Als Wissenschaftsministerin will ich selbst meinen Beitrag dazu leisten, indem ich als erstes Experiment Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem sprichwörtlichen Stammtisch zusammenbringe – zum inzwischen dritten Mal nun nächste Woche in Fulda. Das Format habe ich übrigens bewusst provokant „Die Stunde der Wahrheit“ genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist meine feste Überzeugung, dass Wissenschaft und Politik – beide in ihren jeweiligen Rollen – dafür Verantwortung tragen, dass in der gesamten Gesellschaft ein Dialog organisiert wird, der wissenschaftliche Erkenntnisse den Bürgerinnen und Bürgern näherbringt.

Die Anstrengungen, die Akzeptanz von Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit dauerhaft zu sichern, werden jedoch scheitern, wenn wir nur das akademische Publikum und seinen Nachwuchs in den Blick nehmen.

Weil wir eine gesellschaftliche Spaltung überwinden wollen, die über die Fragen von Einkommen, Bildungsstand und Geschlecht hinausgeht, müssen wir die gesamte Gesellschaft in den Blick nehmen. Und sie auf Augenhöhe einbinden. Das mag eine Herausforderung sein. Es mag uns aus unseren Komfortzonen holen. Aber wenn es uns gelingt, dann haben wir – Politik und Wissenschaft – gemeinsam und doch in unseren jeweiligen Rollen dafür gesorgt, dass unsere Gesellschaft handlungs- und zukunftsfähig bleibt. Lassen Sie uns also gemeinsam loslegen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.